

PRESSEMITTEILUNG vom 10.02.2018



Große Mühlenwallstr. 32 26603 Aurich 04941 6976525
email: arbeitsloseninitiative-aurich@gmx.de

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Der Artikel Eins im Grundgesetz ist das oberste Gebot der Deutschlands. Er knüpft direkt an an die 1. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Diese Kultur- und Strukturvereinbarung gerät immer mehr aus dem Blick, immer mehr Menschen verlieren die Verbindung mit Demokratie und menschenrechtsorientierten demokratischen Grundhaltungen. Immer mehr Menschen neigen zu Offenheit gegenüber anderen Politikangeboten, wie sie u.a. von rechtspopulistischen Organisationen und Parteien angeboten werden. Aber: Parolen wie „Deutschland zuerst“ oder „Deutschland, Deutschland über Alles“ ebnen die Wege zu einer nicht hinzunehmenden Akzeptanz von Ungleichwertigkeitseinstellungen und Zustimmungen zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Aggression gegen Andersdenkende.

Andrea Müller, selbständiger Mitarbeiter der beim Landespräventionsrat Niedersachsen angesiedelten „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und Für Demokratie“, Organisationsberater, Supervisor und kommunaler Berater für Kommunen und Landkreise in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Vorfällen und Entwicklungen führte diesen Prozess des Verlustes demokratischer Überzeugungen in seinem Vortrag in einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative Aurich(AIA) im Familienzentrum Aurich anschaulich vor Augen und stellte die Frage, ob diese Gesellschaft dieses so hinnehmen und passieren lassen will. Nicht zuletzt die Verbrechen des Hitlerfaschismus zeigen deutlich, wohin Menschenfeindlichkeit, Aggression und Gewalt gegen Fremde und Andersdenkende ein Land führen kann.

Einleitend stellte der Vorsitzende der AIA Jürgen Lüppen die Frage „Warum macht die Arbeitsloseninitiative eine derartige Veranstaltung“. Die Antwort ist, wie sich im Laufe des Abends auch darstellte, relativ einfach auch wissenschaftlich unterlegt: Fremdenhass, Ablehnung Andersdenkender und anderer Kulturen sind kein Problem eines „kleinen rechten extremen gesellschaftlichen Randes“, sie sind auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Es ist nicht nur die Abneigung und offene Ablehnung gegen Ausländer, geflüchtete Menschen, sondern ebenso die Stigmatisierung und Abwertung von (Langzeit)Arbeitslosen. Sie, also die Menschen, die auf Unterstützungsleistungen nach z.B. ALG II(Hartz IV) angewiesen sind, seien „Sozialschmarotzer“, würden sich unberechtigt in der „Hängematte“ des Wohlfahrtsstaates aalen. Vielfältige Gruppen und Minderheiten werden zum Gegenstand von Ablehnung und Angriffen. Neokonservative Einstellungen, männlich sexistisch geprägte Rollenbilder in denen Frauen wieder die Rollen der 50er Jahre zugewiesen werden sollen, Vorstellungen in denen die „die schon lange da sind mehr Rechte“ haben sollen, Reiche mehr Rechte haben sollen als Andere, eine Kultur der Vielfalt grundsätzlich abgelehnt und eingeschränkt werden soll, weil sonst die „deutsche Kultur untergeht“ werden immer häufiger offen geäußert.

Viele Menschen sind auf der Suche nach Antworten in einer immer komplizierter und unsicherer erscheinenden Welt. Schnelle Antworten zielen immer darauf, für die eine Gruppe zulasten anderer Gruppen besondere Rechte zu beanspruchen. Sie schaffen eine Akzeptanz für Ungleichwertigkeiten – und stellen sich damit gegen die Grundwerte Deutschlands und ihres Grundgesetzes.

Niemand ist davor geschützt, selbst auch in schwierigen Situationen mit Abgrenzungen, Bewertungen und Ausgrenzung zu reagieren – überzeugte demokratische Einstellungen erfordern „demokratisches Lernen“, das Erfahrbarmachen und die Glaubwürdigkeit von Demokratie und Menschenrechten als dem einzigen gesellschaftlichen Konzept, das Grundrechte, Selbstbestimmungsrechte, Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden ermöglicht. Es erfordert das eigene Nachdenken wie wichtig jedem Menschen selbst das Konzept der Menschenrechte und Demokratie ist.

Demokratische Kultur erfordert den Diskurs über politische Widersprüche, Soziale Konflikte und Ziele, wohin sich eine Gesellschaft entwickeln soll – und Menschen, die engagiert bereit sind, dafür

einzutreten. Es erfordert ebenso eine Politik, die glaubwürdig und engagiert für die Grundlagen und Werte von Demokratie und Menschenrechten eintritt. Im Grundgesetz ist dieses Gebot für Staat, Politik und jeden Deutschen festgeschrieben.

Müller plädiert für das Engagement für überzeugte demokratische Strukturen und eine Kultur der Vielfalt und Grundrechte für alle Menschen. Sie zu verteidigen, zu stärken und weiter zu entwickeln, sei die Herausforderung, die die Gesellschaft annehmen muss. Überzeugung, Courage und Mut sind es, was er fordert, auch von der in der Öffentlichkeit stehenden Menschen, sei es im Verein, seien es Kommunalpolitiker oder Bürgermeister, die Flagge zeigen müssen: ohne ein klares Bekenntnis zu Demokratie verkümmern demokratische Grundhaltungen, Werte und gesellschaftlicher Diskurs, dieses Land unter Prämissen menschenrechtsorientierter Ziele weiter zu entwickeln.

Sich für Demokratie einzusetzen ist nicht nur Pflicht, sondern es lohnt sich. Das konnte abschließend auch der Koordinator von Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Aurich (Pfd) Martin Gohlke unterstreichen. Er warb für die Pfd, mit deren Fördermitteln u.a. Projekte finanziell unterstützt werden können, die sich mit Demokratie und gegen Rassismus beschäftigen. Die Mittel für dieses Jahr wurden nochmals angehoben. Informationen sind erhältlich über die Homepage www.moin-zusammen.de.